



Inhalt

Aus den VÖB-Instituten	1
Über den Rand geschaut	4
Vom Politischen Parkett	4
Neues aus der EU	5
Gut zu wissen	7
Empfehlenswert	9
Weitere Newsletter des VÖB	9
Quellennachweis	9
Impressum	9

Aus den VÖB-Instituten

Anfang September erklärten die **Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale (Helaba) und ihre Träger** (Land Hessen, Freistaat Thüringen, Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen), eine Integration des aus der Westdeutschen Landesbank AG (WestLB) herauszulösenden Sparkassengeschäftes in die Helaba prüfen zu wollen. Damit könnte das **Mittelstands- und Sparkassenverbundgeschäft der WestLB** zunächst in eine Verbundbank (Anteilseigner wären die Sparkassenverbände in Nordrhein-Westfalen sowie übergangsweise der DSGV) eingebracht und diese dann in eine Landesbank (möglicherweise die Helaba) integriert werden.

Die **BayernLB und die NRW.BANK** haben Ende August 2011 einen Rahmenvertrag über ein **Globaldarlehen** in Höhe von 50 Millionen Euro unterzeichnet. Mit diesem Darlehen können die Bayern über einen Zeitraum von zwölf Monaten tranchenweise bei der NRW.BANK Fördermittel abrufen und gewerblichen Unternehmen, die in Nordrhein-Westfalen sitzen oder dort investieren wollen, zinsverbilligte Kredite anbieten. Förderberechtigt sind mittelständische Unternehmen mit einem Jahresumsatz bis 500 Millionen Euro. Finanziert werden sowohl Investitionsvorhaben als auch Betriebsmittel. Der maximale Kreditbetrag beträgt 12,5 Millionen Euro je Endkreditnehmer.

Angabegemäß hat die BayernLB im laufenden Jahr bereits mehr als 50 neue Kunden in der Region Nordrhein-Westfalen gewinnen können. Seit November 2010 ist die Bayerische Landesbank in Düsseldorf mit einer Niederlassung präsent. Zielgruppe sind Unternehmen mit einem Jahresumsatz von über 50 Millionen Euro.

Die **HSH Nordbank und Europäische Investitionsbank** haben Ende August 2011 ein **Globaldarlehen** über 50 Millionen Euro zur Finanzierung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) vereinbart. Weitere 50 Millionen Euro stehen für die Finanzierung von Investitionen im Bereich Erneuerbare Energien zur Verfügung.

Beide Globaldarlehen seien Ausdruck des klaren Fokus auf mittelständische Unternehmen. Bestands- sowie Neukunden könnten damit mittel- und langfristige Finanzierungen zu attraktiveren Konditionen geboten werden.

Seit August 2011 bietet die **Investitionsbank Sachsen-Anhalt (IB)** Existenzgründern und KMU bis zu drei Jahre nach Gründung sowie Freiberuflern eine neue finanzielle Starthilfe an, das „**ego-PLUS-Darlehen**“.

- Laufzeit bis zu zehn Jahre
- Mindestdarlehenshöhe 100.000 Euro
- maximale Darlehenssumme 250.000 Euro
- Darlehenslaufzeit bis zu zehn Jahre, davon bis zu zwei Jahre tilgungsfrei

Gefördert werden Ausgaben für die Markteinführung eines Produktes, eines Verfahrens oder einer Dienstleistung, für Investitionen, Forschungs- und Entwicklungsvorhaben sowie der sonstige Betriebsaufwand. Das Programm wird aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) kofinanziert.

Ebenfalls seit August 2011 bietet die **Investitionsbank Berlin (IBB)** ihr neues Förderprogramm „**Berlin Kredit Innovativ**“ an. Das Programm richtet sich an kleine und mittlere Unternehmen, die in den Bereichen Gesundheitswirtschaft, Energietechnik, Informations- und Kommunikationstechnologie/Medien, Verkehr, Mobilität, Logistik und Optik engagiert sind. Finanziert werden Investitionen und Betriebsmittel sowie Internationalisierungsvorhaben. Die maximale Kredithöhe beträgt 500.000 Euro. Die Antragstellung erfolgt über die Hausbank. Diese erhält von der IBB eine Haftungsfreistellung in Höhe von 60 Prozent, die durch eine Rückbürgschaft aus dem Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (CIP) der Europäischen Union (EU) unterstützt wird. Optional können die finanzierten Unternehmen mit einem subventionierten Coaching durch die Technologie-Coaching-Center GmbH der IBB begleitet werden.

Mit dem **BAB-Mikrokredit** unterstützt die **Bremer Aufbau-Bank GmbH (BAB)** seit Anfang August 2011 Existenzgründer und Kleinunternehmer. Sie sollen unbürokratisch und kurzfristig Geld zur Verfügung gestellt bekommen, wenn die Hausbank eine Finanzierung ablehnt, weil kein oder kein ausreichendes Eigenkapital oder Sicherheiten zur Verfügung stehen.

- für Gründer, kreative Freiberufler oder gewerbliche Kleinunternehmer
- maximale Kredithöhe 10.000 Euro
- Laufzeit bis zu 60 Monate
- Online-Antragstellung vor Beginn des Vorhabens
- persönliches Gespräch nach Antragstellung

Die BAB ist Teil des B.E.G.IN-Netzwerkes, das eine Reihe von begleitenden Maßnahmen zur Unterstützung von Existenzgründern anbietet.

Auch die **Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB)** hat im August 2011 ihre Produktpalette erweitert. „Brandenburg-Kredit Mikro“ heißt das neue Finanzierungsangebot für Gründer, Freiberufler und kleine Unter-

nehmen bis zu drei Jahren nach Aufnahme ihrer Geschäftstätigkeit. Finanziert werden Investitionen und Betriebsmittel.

Erforderlich ist der Nachweis, dass die Hausbank den Antrag auf Finanzierung über den KfW-Gründerkredit-StartGeld abgelehnt hat und das Projekt nicht begleiten möchte.

Das Darlehensprogramm wird in Kooperation mit der KfW Mittelstandsbank als Refinanzierungspartner angeboten sowie in Kooperation mit den Brandenburger Handwerks- und Industrie- und Handelskammern. Diese sollen die Unternehmen nicht nur während der Antragstellung, sondern auch in der ersten Phase der Kreditlaufzeit begleiten. Die Kreditprüfung durch die ILB erfolgt nach banküblichen Kriterien. Es gelten die Konditionen des KfW-Gründerkredit-Startgeldes:

- Finanzierung bis zu 100 Prozent
- Maximalsumme 100.000 Euro (30.000 Euro für Betriebsmittel)
- fünf Jahre oder zehn Jahre Laufzeit,
- laufzeitabhängige Tilgungsfreiheit: ein oder zwei Jahr/e
- fester Nominalzinssatz für die gesamte Laufzeit, z. Zt. ab 4,35 bzw. 4,45 Prozent p. a.
- 0,25 Prozent Bereitstellungsprovision pro Monat auf den zugesagten, noch nicht abgerufenen Kreditbetrag;
- monatlich gleichbleibende Tilgungsraten zuzüglich Zinsen

Die **Thüringer Aufbaubank (TAB)** musste eine Priorisierung der im Jahr 2011 noch zu bewilligenden Projekte im Rahmen der **Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW)** vornehmen. Die Vergabe der Fördermittel wird seit August 2011 davon abhängig gemacht, bei welchen Projekten die wenigsten Zuschussmittel je zusätzlichem Dauerarbeitsplatz aufgewandt werden müssen.

Hintergrund für diese Vorgehensweise war der Antragsboom im ersten Halbjahr 2011. Damit übersteigt der vorliegende Fördermittelbedarf bei weitem das im Jahr 2011 zur Verfügung stehende Fördermittelvolumen. Daher war der Freistaat gezwungen, die Förderpraxis anzupassen und eine Auswahl der Projekte vorzunehmen.

Ebenfalls seit August 2011 bietet die **Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB)** ein **neues Filmfinanzierungsprogramm** an, das mit fünf Millionen Euro ausgestattet ist. Daraus sollen Darlehen zur Schließung von Finanzierungslücken bei Filmproduktionen in der Medienregion Berlin-Brandenburg gewährt werden (so genannte „Gap-Finanzierungen“).

Das Filmfinanzierungsprogramm ist so konzipiert, dass das Ausfallrisiko auf mehrere Filmprojekte gestreut wird. Vorrangig werden die Darlehen aus den Erlösen des jeweiligen Films zurückgeführt. Gewinnbeteiligungen aus erfolgreichen Produktionen dienen darüber hinaus auch als Ausfallvorsorge für andere vielleicht nicht erfolgreiche Filmprojekte. Vorausgesetzt wird auch ein angemessener Eigenanteil des antragstellenden Produzenten an der Finanzierung.

Zu den Konditionen:

- Darlehenshöhe von 100.000 Euro bis 500.000 Euro
 - einmalige Bearbeitungsgebühr bis zu fünf Prozent des Darlehensbetrages
 - max. 36 Monate Laufzeit
 - variable Verzinsung
 - 0,25 Prozent Bereitstellungszinsen pro Monat
 - fünf Prozent bis zehn Prozent Gewinnbeteiligung nach vollständiger Rückführung des Darlehens
 - abführungspflichtiger Zeitraum für die Verwertungserlöse mind. zehn Jahre ab Verwertungsbeginn
-

Im Juli 2011 haben **NRW.BANK und die GRENKELEASING AG sowie die GRENKE BANK AG** ein zweites **Globaldarlehen** über 15 Millionen Euro vereinbart. Für kleine und mittelständische Unternehmen sowie Freiberufler in NRW stehen damit 15 Millionen Euro Fördergelder bereit, wenn sie betriebliche Neuanschaffungen über Leasing finanzieren wollen. Zum Einsatz kommen so genannte Fördergutscheine der NRW.BANK, die der Interessent direkt bei GRENKE zusammen mit dem Leasingantrag bei der GRENKELEASING AG einreicht. Mit Abschluss des Leasingvertrages wird der Fördergutschein eingelöst und der individuelle, von Raten und Laufzeiten abhängige Förderbetrag dem Leasingkunden vorab und in einer Summe ausgezahlt.

Förderberechtigt sind Gewerbeunternehmen und Angehörige freier Berufe mit Sitz in NRW und einem Jahresumsatz bis zu 500 Millionen Euro.

Die **Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (WIBank)** sichert seit Juli 2011 ihren Kunden **feste Bearbeitungsfristen** zu. Im Programm **„Gründungs- und Wachstumsfinanzierung Hessen“** sollen vollständige Anträge innerhalb von zehn Bankarbeitstagen und im Programm **„Kapital für Kleinunternehmen“** innerhalb von fünf Bankarbeitstagen bearbeitet werden.

Die **Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB)** hat seit Juni 2011 für kleine Gründungsvorhaben den **IB.Mikrokredit** im Angebot. Die Darlehen werden aus Mitteln der IB vergeben.

Gefördert werden Gründer von Einzelunternehmen (Neugründung oder Übernahme), sofern das Vorhaben einen nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg erwarten lässt. Finanziert werden sowohl Investitionen als auch Betriebsmittel.

Die potentiellen Gründer/innen können sich an die regionalen Kooperationspartner der IB wenden - das sind die Kammern und regionalen Wirtschaftsfördereinrichtungen in Schleswig-Holstein. Nach einem Beratungsgespräch kann dort auch die Beantragung des IB.Mikrokredites erfolgen. Zusammen mit dem Kreditantrag reichen die Kooperationspartner ihre Stellungnahme zu dem Vorhaben bei der Investitionsbank ein.

- Mindestkreditvolumen 3.000 Euro
- Maximalsumme 15.000 Euro
- 100 Prozent Auszahlung in einer Summe
- fünf Jahre Laufzeit, davon sechs Monate tilgungsfrei
- fester Nominalzinssatz z. Zt. bei 6,50 Prozent p. a.
- monatlich gleichbleibende Tilgungsraten zuzüglich Zinsen

Als Sicherheit dient ein notarielles Schuldanerkenntnis der Gründer in sofort vollstreckbarer Form in Höhe des Kreditbetrages.

Im Juni 2011 ist die **Bremer Aufbau-Bank GmbH (BAB)** mit dem neuen Darlehensprogramm **„Liquiditätshilfen“**

gestartet. Die Darlehen richten sich an bonitätsschwächere kleine und mittlere Unternehmen, deren Vorhaben auf Grund fehlender Finanzierungsbereitschaft der Hausbanken zu scheitern drohen. Sie sollen zur Stabilisierung und Stärkung der wirtschaftlichen Verhältnisse beitragen. Die KMU dürfen nicht als Unternehmen in Schwierigkeiten nach den jeweils geltenden Bestimmungen der Europäischen Kommission einzustufen sein.

- Darlehenshöhe bis maximal eine Million Euro
- Beantragung direkt bei der BAB oder aber über die jeweilige Hausbank
- Laufzeit und Verzinsung der Kredite sind vorhabensabhängig.

NRW.BANK und die GEFA Gesellschaft für Absatzfinanzierung mbH haben im Mai 2011 eine **Kooperation** vereinbart (Volumen von 30 Millionen Euro). Kleine und mittlere Unternehmen in NRW können in Nutzfahrzeuge sowie Produktions-, Werkzeug- oder Baumaschinen investieren und bei der Finanzierung von einem Zinsvorteil durch die Einbindung öffentlicher Fördermittel profitieren. Die Investitionskredite haben eine Laufzeit bis zu 60 Monaten. Förderberechtigt sind Gewerbeunternehmen mit einem Jahresumsatz bis 500 Millionen Euro.

Seit April 2011 gibt es den „**Thüringer Gründerfonds**“, der durch die **bm-t beteiligungsmanagement thüringen gmbh, eine Tochter der Thüringer Aufbaubank**, gemanagt wird. Aufgelegt wurde der Fonds bei der Stiftung für Unternehmensgründungen und -förderungen in der gewerblichen Wirtschaft Thüringens (STUWT).

Der Thüringer Gründerfonds (ThGF) soll Existenzgründungen und innovative Jungunternehmen im Technologiebereich unterstützen. Bei den Zielunternehmen muss es sich um KMU gemäß EU-Definition handeln, sie dürfen nicht älter als drei Jahre sein.

Die Beteiligungen können in Form von offenen und eigenkapitalähnlichen sowie darlehensähnlichen stillen Be-

teiligungen erfolgen. Auch Kombinationen sind zulässig. Der Anlagehorizont beträgt maximal zehn Jahre.

Die Höhe der Beteiligung beträgt bis zu 200.000 Euro, wobei eine Aufstockung bis zu 500.000 Euro pro Jahr und Finanzierungsrunde denkbar wäre, wenn mindestens 30 Prozent des benötigten Kapitals aus privaten Quellen beigesteuert würden. Der Fonds ist zunächst mit zwei Millionen Euro dotiert.

Über den Rand geschaut

Die **Commerzbank** hat zum 1. Juli 2011 bundesweit **65 neue Beratungszentren für Geschäftskunden** eröffnet. Grundsätzlich sind die Beratungszentren auf die Anforderungen von Freiberuflern, Gewerbetreibenden und Firmen mit einem Jahresumsatz bis zu 2,5 Millionen Euro spezialisiert. Jeder Kunde hat einen festen Ansprechpartner, bei Bedarf wird dieser von Spezialisten (Kredit-, Wertpapier- oder Versicherungsfachleuten) unterstützt.

Nach Angaben der Commerzbank beträgt ihr Marktanteil im Segment Geschäftskunden rund 17 Prozent in Deutschland. Derzeit werden 920.000 Geschäftskunden von 1.500 Beratern betreut.

Vom Politischen Parkett

Das **Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi)** hat im Juni 2011 weitere 250 Millionen Euro für den **ERP-Startfonds** bereitgestellt. Die Fondsmittel dienen der Unterstützung junger Technologieunternehmen, die mangels anderer Finanzierungswege Beteiligungskapital benötigen. Die Beantragung der Fördermittel erfolgt über die KfW. Der Fonds beteiligt sich in gleicher Höhe und zu gleichen wirtschaftlichen Konditionen wie ein privater Leadinvestor (max. fünf Millionen Euro).

Die **Bundesregierung** hat im Rahmen ihrer Aktivitäten zur Absicherung des Auslandsgeschäfts (AGA) zum 1. September 2011 ein **neues Entgeltsystem für Kre-**

ditgarantien eingeführt. Nachdem bereits seit 1999 international einheitliche Mindestprämien für die Länderrisiken bestehen, sieht das neue Modell nunmehr auch OECD-weit verbindliche Mindestprämien für die gedeckten Käuferisiken vor. Damit soll internationale Wettbewerbsgleichheit hergestellt werden.

Das neue Entgeltsystem gilt für:

- Einzeldeckungen
- Rahmenkreditdeckungen
- revolvingende Deckungen

Für die Berechnung des Entgelts sind die Länder- bzw. Käuferkategorie sowie die Sicherheiten ausschlaggebend. Eine der zentralen Änderungen zum bisherigen Modell ist, dass die Kalkulation auf Basis von Risikokategorien erfolgt, die nicht mehr nach Banken- und Käuferisiko unterscheiden. Dabei variiert die Anzahl der Risikokategorien in Abhängigkeit von der anwendbaren Länderkategorie.

Die Einstufung von Käufern und Banken in die Risikokategorien orientiert sich stärker als bislang an vergleichbaren Ausfallwahrscheinlichkeiten externer Ratings. Zu den Neuerungen gehört, dass eine der Risikokategorien für Käufer bzw. Darlehensnehmer vorgesehen ist, denen Ratingagenturen ein geringeres Ausfallrisiko als das der Zentralbank bzw. des Finanzministeriums (sovereign risk) des betreffenden Landes bescheinigen.

Sicherheiten können im neuen Entgeltsystem dazu führen, dass separate Entgeltabschläge auf den im Entgelt enthaltenen Käuferisikanteil erfolgen.

Weitere Details sowie Flyer und Gebährentabelle unter:
<http://www.agaportal.de/pages/aga/praemie/praemie2011.html>

Bereits seit Juli 2011 bietet die **Bundesregierung** eine verbesserte **Verbriefungsgarantie** an. Diese Garantie kann exportfinanzierenden Banken den Zugang zu Refinanzierungen für ihre bundesgedeckten Kredite erleichtern oder dazu beitragen, dass sich diese am Kapitalmarkt über ein zwischengeschaltetes Unternehmen oder bei einem Realkreditinstitut günstiger refinanzieren.

Die Verbesserungen:

- der Refinanzierer erhält jetzt einen eigenständigen Rechtsanspruch
- der Anspruch aus der Verbriefungsgarantie ist klar formuliert
- es erfolgt keine Bezugnahme auf die Allgemeinen Bedingungen für Finanzkreditdeckungen
- die Wirksamkeit der Verbriefungsgarantie wird nicht durch mögliche Rechtsmängel bei der Abtretung der Finanzkreditforderung beeinträchtigt.

Weitere Details unter:

<http://www.agaportal.de/pages/aga/produkte/verbriefungsgarantie.html>

Im Rahmen der Initiative „Gründerland Deutschland“ und als Teil der in über 100 Ländern weltweit stattfindenden „Global Entrepreneurship Week“, führt das **Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie** vom 14. bis 20. November 2011 zum zweiten Mal die **Gründerwoche Deutschland** durch. In ganz Deutschland finden Veranstaltungen mit Informationen, Beratungsangeboten und Wettbewerben zu den Themen Gründen und unternehmerische Selbständigkeit statt. Über 400 Partner seien im Internetportal www.gruenderwoche.de registriert, darunter Kammern und Wirtschaftsförderinstitutionen, Schulen und Hochschulen, Bildungszentren, Gründungsinitiativen und Unternehmen u. a.

Neues aus der EU

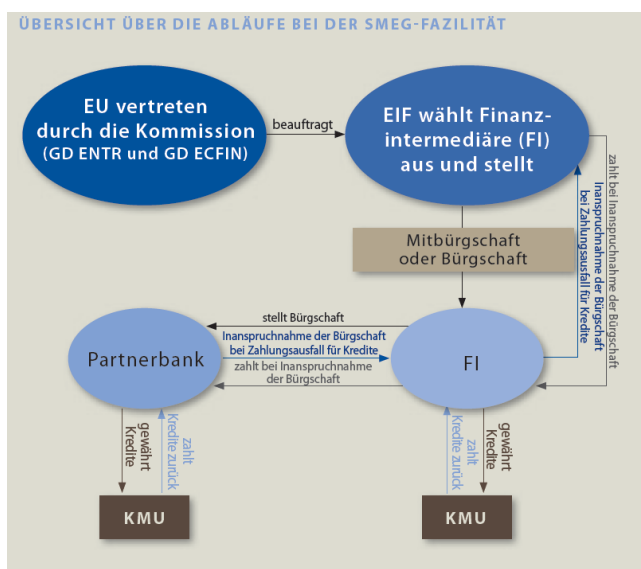
Der **Europäische Rechnungshof** hat im Juli 2011 einen Sonderbericht zur Bewertung der Wirksamkeit der **KMU-Bürgschaftsfazilität (SMEG)** veröffentlicht. Demzufolge werden in der laufenden Förderperiode 510 Millionen Euro im Rahmen des Programms für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (CIP) zugunsten der SMEG-Fazilität zugewiesen. Aus der SMEG erhalten Finanzintermediäre (Rück-)Bürgschaften für von ihnen vergebene Kredite an KMU. Im Falle eines Zahlungsausfalls des KMU erfolgt eine Inanspruchnahme aus der Bürgschaft, wobei für jeden Finanzintermediär eine Haftungsobergrenze aus dem EU-Haushalt festgelegt wird. Bis Ende 2009 wurden

Bürgschaften in Höhe von insgesamt 1,7 Millionen Euro in Anspruch genommen.

Der Rechnungshof konstatierte u. a., dass es für die Auswahl der Intermediäre keine Mindestanforderungen gab und diese zukünftig gemäß einem Bewertungs- bzw. Punktesystem erfolgen sollte. Außerdem seien bei mehr als der Hälfte der KMU die verbürgten Kredite trotz ausreichender Sicherheiten vergeben worden. In 38 Prozent der geprüften Kreditfälle sei ein Mitnahmeeffekt zu verzeichnen gewesen. Ferner sei ein europäischer Mehrwert vorab nicht eindeutig nachgewiesen worden.

von Beauftragten für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) ins Leben gerufen. Sie sollen dafür sorgen, dass das Prinzip „Vorfahrt für KMU“ überall in der EU auf allen Ebenen von Politik und Verwaltung angewandt wird.

Der KMU-Beauftragte für Deutschland ist Dr. Eckhard Franz aus dem Bundeswirtschaftsministerium. Auf Ebene der EU-Kommission gibt es dieses Amt seit 2001. Gegenwärtig wird es von Françoise Le Bail, der stellvertretenden Generaldirektorin der GD Unternehmen und Industrie, wahrgenommen.



Die EU-Kommission hat bereits angekündigt, in der neuen Förderperiode die Sicherstellung des europäischen Mehrwertes in den Finanzinstrumenten mit zu den Hauptgrundsätzen zu machen. Zugleich hebt sie hervor, dass die SMEG-Fazilität nicht ausschließlich auf innovative KMU oder solche mit unzureichenden Sicherheiten ausgerichtet sei.

Den Prüfbericht finden Sie unter:

<http://eca.europa.eu/portal/pls/portal/docs/1/8006730.PDF>

Die **Europäische Kommission** hat Ende Juni 2011 das **Forum für intelligente Spezialisierung** gestartet. Damit sollen die Regionen in den Mitgliedsstaaten ihre spezifischen Stärken und Schwächen im Bereich Forschung und Innovation bewerten, ihre Potenziale erkennen und ihre jeweiligen Wettbewerbsvorteile nutzen können. Das Forum ist ein Beitrag, um die Ziele im Bereich Forschung und Innovation im Rahmen der Strategie Europa 2020 besser umzusetzen.

Die neue Struktur, die sogenannte S³-Plattform, soll die Regionen und Mitgliedstaaten direkt unterstützen. Sie wird:

- Feedback und Informationen an Mitgliedstaaten und Regionen liefern
- Datenbanken zu politischen Entscheidungsträgern, Experten usw. schaffen und verwalten
- ein jährliches Treffen zu intelligenter Spezialisierung für politische Entscheidungsträger fördern
- für Informations- und Wissensaustausch sorgen (Vorbereitung eines Leitfadens für politische Entscheidungsträger, Fallstudien, Ausarbeitung einer Peer-Review-Methode zur Bewertung der Strategien für intelligente Spezialisierung usw.)

Weitere Informationen unter:

<http://ipts.jrc.ec.europa.eu/s3platform.html>

Die EU-Mitgliedsstaaten waren im Rahmen der Überprüfung des Small Business Act aufgefordert worden, eine(n) **KMU-Beauftragte(n)** zu benennen. Ende Mai 2011 hat nun die **EU-Kommission** ein EU-weites Netzwerk

Im August 2011 hat die **Europäische Kommission** die Ergebnisse ihrer sechsten **Erhebung über FuE-Investitionstrends in der Wirtschaft** (EU Survey on

R&D Investment Business Trends) veröffentlicht. So gehen die wichtigsten in Forschung und Entwicklung investierenden Unternehmen mit Sitz in der EU davon aus, dass ihre weltweiten Investitionen in Forschung und Entwicklung (FuE) von 2011 bis 2013 jährlich um fünf Prozent steigen werden (zum Vergleich: in 2009 Kürzung der FuE-Investitionen um 2,6 Prozent). Durchschnittlich 27 Prozent ihres Absatzes bestehe aus innovativen, in den vergangenen drei Jahren eingeführten Produkten. Dies zeige, dass Innovation der Schlüssel zu kommerziellem Erfolg und zur Schaffung von Arbeitsplätzen sei.

Weitere Einzelheiten finden Sie unter:
<http://iri.jrc.es/reports.htm>.

Gut zu wissen

Das **IfM Bonn** konstatiert, dass erstmals seit dem Ausweis des Unternehmensregisters die **Zahl der Unternehmen in 2009** gesunken ist. Gegenüber dem Vorjahr seien 1,1 Prozent weniger kleine und mittlere Unternehmen und 7,1 Prozent weniger Großunternehmen zu verzeichnen.

Diese Entwicklung lasse vermuten, dass, aufgrund rückläufiger Umsatz- bzw. Beschäftigtenzahlen infolge der Finanzmarktkrise, vermehrt Großunternehmen die Schwellenwerte unterschritten haben und nunmehr als KMU im Unternehmensregister geführt würden. So sei der Gesamtumsatz aller 3,597 Millionen Unternehmen in 2009 in Höhe von 4.978,9 Milliarden Euro im Vergleich zum Vorjahr um 7,2 Prozent gesunken.

Bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, die insgesamt mit -0,7 Prozent nur leicht rückläufig gewesen sei, handele es sich hauptsächlich um den Rückgang in dem Segment der Großunternehmen (-3,0 Prozent), während KMU ein Plus von 0,8 Prozent verzeichnen konnten. Dieser Sachverhalt werde gemeinhin als „deutsches Beschäftigungswunder“ bezeichnet. Die Entkopplung von Umsatz- und Beschäftigungsentwicklung in einer ausgeprägten Abschwungphase sei bisher im europäischen und nordamerikanischen Raum nicht zu beobachten gewesen.

Creditreform hat seine Produktpalette erweitert und bietet seinen Kunden neben der Wirtschaftsauskunft und der Kompaktauskunft die sogenannte **Premiauskunft** an. Darin enthalten sind der Creditreform Bonitätsindex mit Erläuterung und Angabe der Ausfallwahrscheinlichkeit, Informationen und Analysen zur individuellen Bonitätsbewertung, Trendanalysen zu Bonitätsentwicklung, Zahlungsverhalten, Bilanzen, GuV und Kennzahlen, exklusive Scorewerte zum Zahlungsverhalten, Ausfallrisiko zu Unternehmensalter und Rechtsform sowie Bilanzbonität mit Einordnung in übliche Banken-Ratingsysteme sowie ein 12 Monate Monitoring.

Mögliche Einsatzgebiete der Premiauskunft sind:

- Kreditvergabe bei Banken
- Lieferantenkreditentscheidungen
- Risikobewertungen im Projektgeschäft
- Chancen- und Risikoanalysen der Key Accounts von Unternehmen
- Wettbewerbs- sowie Erstanalysen im Rahmen externer Unternehmensbewertungen

Die **Deutsche Bank** hat im Juni 2011 **kleine und mittlere Unternehmen** mit einem jährlichen Umsatz unter 25 Millionen Euro über ihre **Zukunftspläne** befragt.

Darin gaben 91 Prozent der Mittelständler eine gute bis vollständige Auslastung ihrer Produktionskapazitäten an. Mehr als jedes dritte Unternehmen (38 Prozent) plane Investitionen. In Ostdeutschland beabsichtige etwa die Hälfte (47 Prozent), im Westen gut ein Drittel (36 Prozent) der befragten Unternehmen Investitionen.

Neben der Finanzierung aus Eigenmitteln planen 71 Prozent der investierenden KMU auch Bankkredite einzusetzen. Knapp die Hälfte der Unternehmer (47 Prozent) möchte zudem auch öffentliche Fördermittel nutzen, allerdings fühle sich mehr als jeder Dritte (38 Prozent) nur mangelhaft über entsprechende Möglichkeiten informiert.

Download unter:

http://www.dbresearch.de/PROD/DBR_INTERNET_DE-PROD/PROD000000000238871.pdf

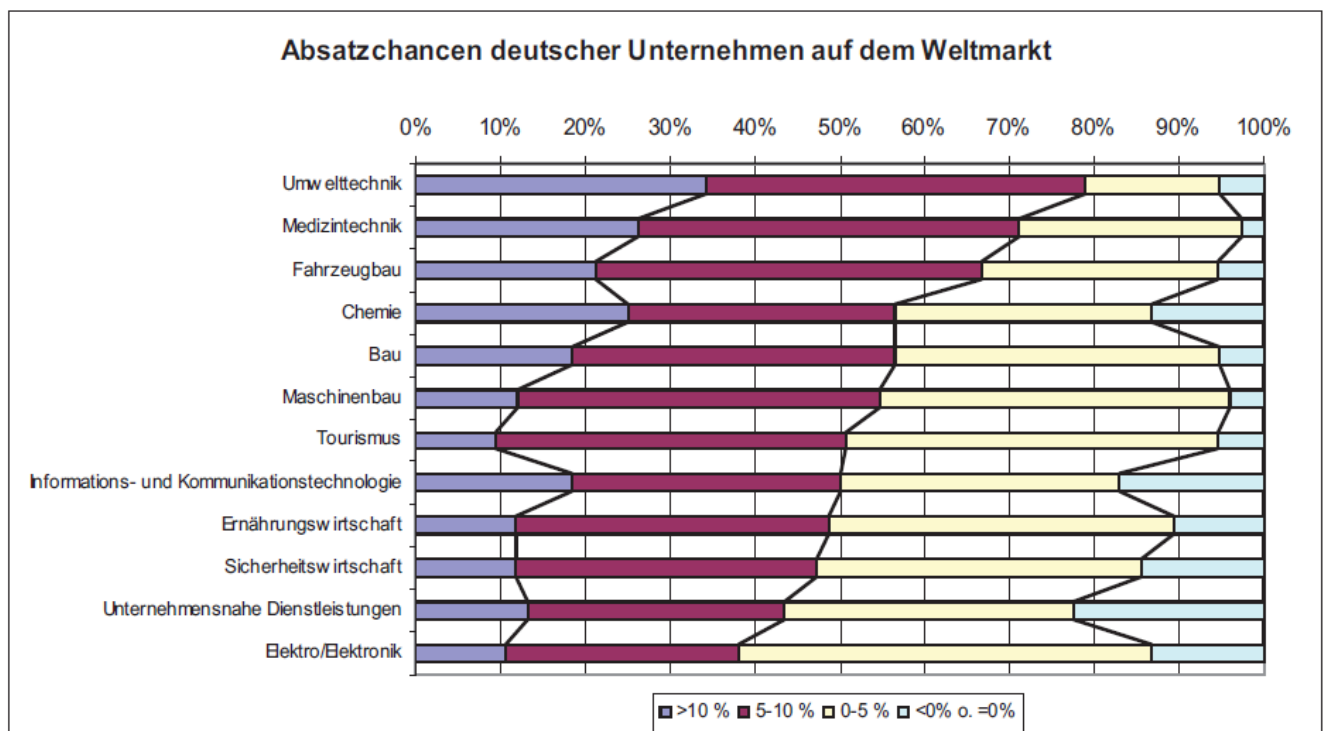
Im Juli 2011 hat der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) bei allen deutschen Auslandshandelskammern (AHKs), Delegiertenbüros und Repräsentanzen eine Umfrage zu den erwarteten Export- und Importzahlen sowie den Wachstumsaussichten der jeweiligen Standorte durchgeführt. Zusätzlich wurden die Ergebnisse durch eine Blitzumfrage ergänzt, die im August in 22 AHKs an Standorten mit besonderer Bedeutung für die Weltwirtschaft erfolgte.

Der DIHK erwartet, dass in Deutschland die Exporte im laufenden Jahr um 11 Prozent und im Jahr 2012 noch einmal um 9 Prozent zulegen werden. Der Exportwert aus dem Rekordjahr 2008 würde deutlich übertroffen werden. Darüber hinaus werde damit gerechnet, dass

Deutschlands Importe in den Jahren 2011 und 2012 jeweils um 11 Prozent steigen.

Warenlieferant Nr. 1 für Deutschland sei weiterhin China, das in 2012 die USA in ihrer Rolle als bedeutendster Absatzmarkt außerhalb der Europäischen Union ablösen werde. Die Branchen mit den größten Absatzchancen auf den Weltmärkten seien Umwelt- und Medizintechnik.

Sie finden die komplette Umfrage unter: http://de.sitestat.com/hk/dihk/s?presse.meldungen.2011-08-23-weltkonjunkturbericht.weltkonjunkturbericht-2011&ns_type=pdf&ns_url=http://www.dihk.de/ressourcen/downloads/weltkonjunkturbericht-2011/at_download/file?mdate=1314095499474



Quelle: Der deutsche Außenhandel 2011/2012 AHK-Weltkonjunkturbericht des Deutschen Industrie- und Handelskammertages

PricewaterhouseCoopers (PwC) hat im August 2011 die Studie „Transaktionen im Mittelstand“ veröffentlicht. Sie basiert auf einer Befragung von 533 Führungskräften **mittelständischer Unternehmen zu ihren M&A-Plänen** in den kommenden zwölf Monaten.

Nur zehn Prozent der interviewten Führungskräfte gaben an, konkrete Transaktionspläne zu haben. 45 Prozent der Befragten würden auf die derzeit wenigen Kaufgelegenheiten verweisen. Gleichzeitig würden bei ca. einem

Drittel zeitliche und personelle Ressourcen für die Transaktionen fehlen. An dritter Stelle unter den Hemmnissen rangierte mit 30 Prozent der gerade bei kleineren mittelständischen Unternehmen häufig verwehrt Zugang zu Kapital. Jedoch lehnen mehr als 80 Prozent der Befragten die Alternative „externes Beteiligungskapital“ ab. Ursächlich dafür sei die damit verbundene „Abgabe von Entscheidungshoheit“.

Bereits in 2010 war nur jedes zehnte befragte mittelständische Unternehmen an einem Kauf oder einer Über-

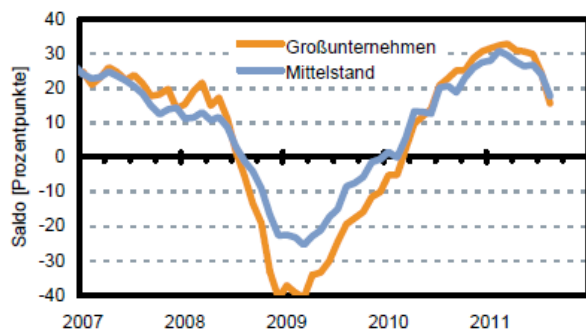
nahme beteiligt. Das waren vorwiegend größere Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern. Primäres Ziel war die Erschließung neuer Produktmärkte.

Die vollständige Studie finden Sie unter:

http://www.pwc.de/de_DE/de/mittelstand/assets/Transaktionen_im_Mittelstand_final.pdf

Der **KfW-ifo-Geschäftsklimaindex** vom August 2011 verzeichnet eine starke **Abkühlung des Geschäftsklimas**. So wird ein Rekordrückgang von minus 9,1 Zählern bei den Geschäftserwartungen der Mittelständler registriert. Auch die Geschäftserwartungen von Großunternehmen brechen ein.

KfW-ifo-Geschäftsklima Deutschland



Zwar habe sich die aktuelle Lageeinschätzung bei Mittelständlern (-3,1 Zähler) und Großunternehmen (-6 Zähler) verschlechtert, dennoch bleibe das Niveau der Lageurteile positiv. Die Mittelständler würden ihre Lage immer noch positiver als im Boomjahr 2007 einschätzen, so dass die KfW nur eine Abkühlung der wirtschaftlichen Dynamik erwartet und auch für 2012 keine Rezession prognostiziert. Diese Prognose unterstellt, dass sich die Finanzmärkte stabilisieren und die Krisenbewältigungsmaßnahmen in Europa umgesetzt werden.



Empfehlenswert

Dr. Günter Kann (2011), Mittelstandsfinanzierung mit neuen Perspektiven, IKB-Report, Juli 2011, Düsseldorf: IKB Deutsche Industriebank AG

http://www.ikb.de/content/de/branchen_und_maerkte/unternehmerthemen/alle/2001_07_IKB_Report_Mittelstandsfinanzierung.pdf

Sie wollen diesen Newsletter abonnieren?

Dann schreiben Sie bitte eine E-Mail an mittelstand@voeb.de. Geben Sie einfach den Betreff „Newsletter“ an. Hinweise und Anregungen nehmen wir gern entgegen.

Weitere Newsletter des VÖB

- VÖB-Aktienmarkt-Prognose
- VÖB-Aktuell
- VÖB Finanzmarkt
- VÖB Zahlungsverkehr

Quellennachweis

www.agaportal.de, www.bmwi.de, www.bab-bremen.de, www.bayernlb.de, www.commerzbank.de, www.credit-reform.de, www.deutsche-bank.de, www.dihk.de, www.eca.europa.eu, www.europa.eu, www.ey.com, www.helaba.de, www.hsh-nordbank.de, www.ibb.de, www.ib-sachsen-anhalt.de, www.ib-sh.de, www.ifm-bonn.de, www.ikb.de, www.ilb.de, www.nrwbank.de, www.kfw.de, www.pwc.de, www.tab.de, www.wibank.de

Impressum

Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands, VÖB
Lennéstraße 11, 10785 Berlin
Telefon (0 30) 81 92-2 75 • Telefax (0 30) 81 92-279
E-Mail: mittelstand@voeb.de • Internet: www.voeb.de
Ansprechpartnerin: Beate Siewert
Redaktionsschluss: 13. September 2011